



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 26144

Fax: (0221)

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 19.07.2010

Niederschrift

über die **6. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 06.07.2010, 15:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Schneider SPD

Herr Dietmar Ciesla-Baier SPD

Herr Axel Kaske SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Schultes SPD

Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut CDU

Herr Niklas Kienitz CDU

Herr Stephan Pohl CDU

Herr Stefan Fischer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Karsten Kretschmer GRÜNE

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ulf Florian auf Vorschlag der SPD

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Joachim Geysse auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU
Frau Renate Domke auf Vorschlag der Grünen (originär FDP)
Herr Helmut Metten auf Vorschlag der Grünen
Herr Georg Scheferhoff auf Vorschlag der Grünen
Herr Bernd Fieber auf Vorschlag der pro Köln
Herr Berthold Bronisz DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özküçük LDK

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Herr Thelen begrüßt die Anwesenden und schlägt die geänderte Tagesordnung, wie nachfolgend dargestellt vor. Die Tagesordnung wird so einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Konrad-Adenauer-Ufer (Az.: 02-1600-64/09)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 7.05.2010, TOP 3.1
2679/2010

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen

- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Solarenergie auf städtischen Dächern
2460/2010

- 3.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord (Az. 02-1600-39/10)
2648/2010

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Konrad-Adenauer-Ufer (Az.: 02-1600-64/09)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden aus der Sitzung vom 7.05.2010, TOP 3.1
2679/2010**

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Solarenergie auf städtischen Dächern 2460/2010

Der Petent hat sich entschuldigt, er kann nicht persönlich an der Sitzung teilnehmen. Er hat aber eine schriftliche Erklärung übermittelt, die allen Ausschussmitgliedern vorab per e-mail zugesandt wurde. Die Erklärung ist nachfolgend abgedruckt, allerdings bereinigt um die Namen der Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft, bis auf den Werkleiter der GW, Herrn Rummel:

„Sehr geehrte Ratsmitglieder,

Für Ihre Einladung zur Teilnahme an der Ausschusssitzung für Anregungen und Beschwerden

am 06.07.2010 möchte ich mich herzlich bedanken.

Als Vertreter der Interessengemeinschaft BürgerSolar Köln i.G, kann ich leider kurzfristig,

persönlich nicht teilnehmen. Ich möchte jedoch eine schriftliche Stellungnahme zu den Ausführungen der Stadt Köln abgeben und dem Inhalt entschieden widersprechen.

Vom ersten Tag der Kontaktaufnahme mit der GW , bezüglich der Vorgehensweise der

Umsetzung des Ratsbeschlusses von 2000 stieß ich bei den Mitarbeitern Herrn xxxxxxx und

insbesondere Herrn xxxxxxx auf großen Widerstand.

Herr xxxxxxx äußerte total unverständliche Bedenken, das wenn die Solaranlage Strom in das

Netz einspeist, dem entsprechenden Gebäude, auf dem die Anlage installiert ist, eine höhere

Stromrechnung und damit ein Nachteil der Stadt Köln entstehen würde.

Über die gängige Praxis hat er sich nicht informiert, bzw Klarheit über seine Fehleinschätzung zB. bei der Rheinenergie eingeholt.

In diesem Fall mussten wir alle Fakten zusammentragen um hier endlich überzeugen und

aufklären zu können.

Hier hatten wir den Einruck, das man überheblich eine Meinung vertritt und erst das Gegenteil bewiesen werden muss. Eine Entschuldigung bzw. Einsicht über dieses Verhalten

erfolgte nie.

Eine Empfehlung über nutzbare Dächer hat es von Beginn an nie gegeben. Wir sind mit einer

konkreten Auswahl eines Daches an die GW herangetreten um dann die Nutzung prüfen zu

lassen.

Wir mussten stets nachfragen und die einzelnen zu prüfenden Schritte innerhalb der Abteilungen der GW anstoßen.

Weil zeitweise nichts voranging, bin ich selbst in die GW gefahren um Unterlagen von einer

Abteilung zur nächsten Abteilung zu bringen, damit die Grundlagen für Entscheidungen

vorliegen.

Das Ganze war derart ungeordnet bzw. unwillig strukturiert, dass wir für ein Projekt die

Freigabe hatten und kurz vor der Umsetzung wir mit der Tatsache konfrontiert wurden, dass

für das Gebäude Denkmalschutz besteht. Zu dem Zeitpunkt hatten wir bereits Kosten für die

Prüfung der Statik.

Eine weitere große Hürde war zu nehmen, weil die GW der Ansicht war, auf einen Leihvertrag zu bestehen, der einen Abbau der Anlage vorsieht, falls das Gebäude an Dritte

weitergegeben bzw. veräußert werden sollte.

Dabei braucht jeder Investor genau diese Sicherheit für Solaranlagen dieser Art, bei denen

eine hohe Summe investiert wird und in der Regel eine Amortisation frühestens nach 12

Jahren eintritt.

Auch hier sind wir bei Herrn xxxxxx auf Widerstand gestoßen. Nach Einschalten der Landesregierung und einem entsprechenden „Empfehlungsschreiben“ an die GW ist der

Leihvertrag entsprechend geändert worden.

Die immer wiederkehrenden Probleme mit der GW in der Abwicklung dieser Projekte führte

durch Unterstützung eines Ratsmitgliedes Herrn Brust zu einem erneuten Ratsbeschluss, das

die GW nun doch eine Liste über geeignete Dächer zusammenstellen soll, die in allen Punkten, Seitens der Bauunterhaltung bereits geprüft wurden und lediglich vom Interessenten noch statisch überprüft werden müssen.

Nach einem Jahr des Beschlusses gibt es diese Liste nicht.

Vielmehr argumentiert die GW nun, das man einen „Dächerpool für Investoren zusammenstellen möchte.

Zum einen entspricht das nicht dem Ratsbeschluss und zum anderen verhindert man damit

gezielt die Bürgerbeteiligung in der ursprünglich angedachten Form.

Interessierte Bürger sind finanziell nicht in der Lage ein Dächerpool für die Installation von

20 Anlagen zu pachten.

Es ist also zu erkennen, dass eine individuelle, dezentrale Beteiligung der Bürger nicht gewünscht ist und über die jetzt frei gewählte nicht vom Rat beschlossenen Form des Dächerpools nur noch Großinvestoren ins Spiel kommen sollen.

Dabei ist mir kein Beispiel bundesweit bekannt, das man in einer Stadt zur Förderung von

Solarenergie diesen Weg beschritten hat.

Möglicherweise erhofft sich die GW mit dem Vorgehen, das in der geplanten Form gar keine

Interessenten anzulocken um damit das Thema für alle Zeit begraben zu haben.

Denn aus meiner praktischen Erfahrung ist es für einen Großinvestor interessanter, ein Projekt

mit zB. 2 MW zu installieren, anstatt 20 Projekte mit jeweils 100 kW, mit 20 mal neuen Gebäudesituationen, Anschlussbedingungen, Baustelleneinrichtungen etc.

Mittlerweise haben wir Gespräche mit Personen, die sich ebenfalls für ein Solarprojekt interessierten und in Anlehnung an den letzten Ratsbeschluss sich an Herrn Rummel gewandt

haben, mit der Bitte um eine Liste zu erhalten auf der geeignete städtische Dächer aufgelistet

sind.

Statt eine Liste zu erhalten wird eine Empfehlung für geeignete Dächer herausgegeben.

Von geeigneten Dächern kann nicht mehr gesprochen werden, wenn die Mitarbeiter nicht

erkennen, dass eine Firstausrichtung Nord-Süd sicherlich die schlechteste Voraussetzung für

die Nutzung von Sonnenenergie auch in Köln ist.

Fazit:

Die GW lenkt mit Ihrer Ausführung ab, ignoriert bzw. interpretiert Ratsbeschlüsse nach Eigenem Ermessen. Die GW blockiert die Interessen der Bürger in selbstherrlicher und

überheblicher Art und Weise und verhindert somit im Wesentlichen auch die landespolitischen Ziele der Energiepolitik.

Wir bitten den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, vorzuschlagen, dass die GW der

Stadt Köln jedem interessierten Bürger eine Auswahl über geeignete städtische Dächer zur

Nutzung von Sonnenenergie zur Verfügung stellt.

Dabei muss eine Vorprüfung soweit stattgefunden haben, dass für eine Prüfung der Statik

durch den Interessent auch entsprechende statische Pläne des Gebäudes existieren.“

Die Verwaltung nimmt zu der Beschwerde Stellung:

Herr Nawroth von der Gebäudewirtschaft(GW) erläutert das Verfahren, wie es bereits in der Beschlussvorlage dargestellt ist.

Es ist bei diesem Verfahren unvermeidbar, dass es bei mehreren Prüfungsschritten immer mal wieder zu Hindernissen kommt, die eine Dachnutzung entgegen erster Annahmen dann doch ausschließen. Bei Gebäuden mit einem Alter von 20 Jahren und mehr existieren oftmals keine Planunterlagen. Bisher wurde in solchen Fällen, auch im Fall des Beschwerdeführers, alles unternommen, ein Ersatzobjekt zu finden. Eine bewusste Verzögerung bis zur Blockade der Umsetzung von PV-Anlagen hat zu keiner Zeit stattgefunden und ist daher ebenso wenig wie der Vorwurf der Nichtumsetzung eines Ratsbeschlusses gerechtfertigt.

Herr Nawroth weist darauf hin, dass die von der GW geplante Ausschreibung eines "Dächerpools" für die Installation von Photovoltaikanlagen durch externe Investoren keinesfalls dazu führen soll, dass nur Großinvestoren zum Zuge kommen. Neben dieser Ausschreibung wird sich die GW bemühen, auch weiterhin Einzelobjekte Privatinvestoren zur Verfügung zu stellen. Zurzeit werden die für die Ausschreibung in Frage kommenden, zur PV-Nutzung geeigneten Dächer in einer Liste erfasst. Diese Liste dient vorrangig dem geschilderten internen Zweck und ist nicht zur öffentlichen Information im Sinne einer "Solardachbörse" gedacht. Daher wurde sie dem Beschwerdeführer auf seine Nachfrage auch nicht zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfragen des Ausschusses erläutert Herr Nawroth weitere Punkte:

Einen Dächerpool haben auch die Städte Dortmund und Hannover ausgeschrieben.

Die Abbaupflicht war zunächst Inhalt des Verleihvertrags. Auf besonderen Wunsch wurde aber eine Regelung in den Vertrag aufgenommen, die den Bestand des Vertrages bei Eigentumswechsel des Objektes sichert.

Die Statik-Unterlagen der eigenen Gebäude werden nicht bei der GW vorgehalten, sondern liegen beim Bauaufsichtsamt. In der Regel müsste für die jeweiligen zu erichtenden Photovoltaik(PV)-Anlagen gesonderte statische Gutachten erstellt werden.

Die GW betreibt seit 6 Jahren 7 eigene Anlagen. Die Förderung von Anlagen privater Investoren sei tatsächlich bisher sehr schleppend verlaufen. Allerdings hat die GW auch erst in den letzten 5 Jahren Anfragen privater Interessenten für PV-Anlagen erhalten. Problematisch sei sehr häufig der Denkmalschutz. Beispielsweise sind von den 250 Schulen die Hälfte denkmalgeschützt. Es existiert aber keine aktuelle, verwertbare Denkmalschutzliste. Frau Müller, Stadtplanungsamt, erläutert auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, dass dies daran liegt, dass insbesondere die Bauten aus den 60er und 70er Jahren größtenteils erst untersucht werden müssten, ob sie denkmalwürdig sind. Dies würde in der Regel erst bei besonderem Anlass durchgeführt.

Der Ausschuss nimmt zu den Ausführungen Stellung:

Frau Schultes, SPD-Fraktion, teilt die Meinung des Petenten. Sie ist empört, dass die GW einen Ratsbeschluss, der vor 10 Jahren gefasst wurde, bis heute nicht umgesetzt hat. Die Liste der geeigneten Dächer, die die baulichen Voraussetzungen und die des Denkmalschutzes erfüllen, hätte schon längst erstellt werden müssen und nicht erst

dann, wenn ein Interessent sich meldet. Dies erweckt den Eindruck einer Verhinderungstaktik.

Herr Kretschmer, Grüne-Fraktion, weist ergänzend darauf hin, dass nach dem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2000 auch im Februar 2009 das Thema noch mal aufgegriffen wurde und erneut ein Beschluss (durch den Betriebsausschuss) gefasst wurde, eine Liste mit geeigneten Dächern erstellen zu lassen, die privaten Investoren zur Verfügung gestellt wird. Er schlägt vor, durch den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden auch einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Pohl, CDU-Fraktion, weist daraufhin, dass bei der Bewertung der Beschwerde die schwierige Personalsituation und die Fülle an Aufgaben der GW zu berücksichtigen sei, wie die OGTS-Projekte, die Schulreparaturen, das Toilettenkonzept und die Tatsache, dass die GW immerhin bereits 7 eigene Photovoltaikanlagen betreibt. Er plädiert für einen Verweis der Sache in den Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft.

Herr Bronisz, Die Linke-Fraktion, erklärt, dass die bekannte schwierige Personalsituation nicht ursächlich für die Nichtumsetzung eines 10 Jahre alten Ratsbeschlusses sein kann.

Herr Schneider, SPD-Fraktion, hält es ebenfalls für wichtig, die Liste der geeigneten Objekte öffentlich zu machen. Er schlägt außerdem vor, das Antrags- und Genehmigungsverfahren für die Photovoltaik-Nutzung privater Interessenten zu vereinfachen. Außerdem sollte dem Bauausschuss halbjährlich über die Umsetzung des Ratsbeschlusses berichtet werden.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung

- die Liste der zur Solarenergienutzung geeigneten städtischen Dächer öffentlich zu machen
- die Umsetzung der solarenergetischen Nutzung gemäß dem Ratsbeschluss vom 23.05.2000 durch ein aktives angebotsorientiertes Maßnahmenpaket zu unterstützen
- die Verwaltungsverfahren bzw. Antrags- und Genehmigungsverfahren für die Photovoltaik-Nutzung privater Interessenten zu vereinfachen.
- dem Bauausschuss als Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft sowie dem Umweltausschuss und dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden halbjährlich über die Umsetzung des Ratsbeschlusses zu berichten

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Bildungslandschaft Altstadt-Nord (Az. 02-1600-39/10) 2648/2010

Herr Karsten Recker, Anwohner des Klingelpützparkes und Architekt, erläutert als Vertreter des Petenten, der Bürgerinitiative Klingelpützpark (BI), anhand einer Powerpoint-Präsentation die Eingabe.

Nach Auffassung der BI wurde schon bei der Wettbewerbsausschreibung der Fehler gemacht, dass der Park zur Bebauung freigegeben wurde, das Untersuchungsgebiet beschränkt wurde und viel zu große Baumassen zu Grunde gelegt wurden. Außerdem habe während des gesamten Prozesses keine allgemeine Bürgerbeteiligung stattgefunden.

In den Planungsbeiratssitzungen seien Planungsentwürfe vorgelegt worden, die deutlich besser den auch im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen geforderten Schutz des Klingelpützparkes und des alten Baumbestandes gewährleisten. Insbesondere die Variante „gedrehte Hauptschule“ sei aber nicht weiter verfolgt worden. Die Bürgerinitiative fordert:

- Einhaltung kommunaler Klimaschutzziele
- Park in seiner Vielfalt erhalten
- transparente Darlegung der Kosten und Zahlen
- konstruktive Einbeziehung der Bürgerinitiative
- neutrale Moderation weiterer (Beirats-)Sitzungen
- Stadtplanungsamt als ausführendes Organ
- Erweiterung der Suchräume für Lösungen
- intensive Untersuchung der Variante „gedrehte Hauptschule“
- Klärung der exakten Bedarfe vor Erstellung der Bauleitplanung

Von der Verwaltung erläutern Frau Müller vom Stadtplanungsamt und Herr Gräbener vom Schulverwaltungsamt das bisherige Verfahren und die Entwicklung des Planungsprozesses bis zur Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses. Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 10.06.2010 entschieden, dass die weitere Planung auf Grundlage der Variante „Anbau an die Jugendeinrichtung“ erfolgen soll. Am 05.07.2010 wurde die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Bebauungsplanverfahren im Rahmen einer Abendveranstaltung mit dem Bezirksbürgermeister Herrn Hupke und dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Herrn Streitberger begonnen. In der Veranstaltung wurden auch die Anregungen der Bürgerinitiative aufgenommen. Bis zum 19.07.2010 haben die Bürger noch Gelegenheit, weitere Stellungnahmen einzureichen, die dann im weiteren Verfahren geprüft und nach den Sommerferien mit einer Beschlussempfehlung den zuständigen politischen Gremien vorgelegt werden. Eine weitere Bürgerbeteiligung wird im Rahmen des Offenlageverfahrens voraussichtlich Ende des Jahres erfolgen.

Auf Anmerkung von Herrn Schneider, SPD-Fraktion erläutert Herr Dr. Höver, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage bewusst sehr knapp gefasst hat, ohne wesentlich auf die inhaltliche Problematik der Eingabe einzugehen, da inzwischen ein laufendes

Bebauungsplanverfahren eingeleitet wurde und der zuständige Fachausschuss über die eingebrachten Anregungen noch beraten wird. Die Verwaltung beabsichtigt daher, die Anregungen der Bürgerinitiative im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung in das Vorprüfungsverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans aufzunehmen.

Herr Kretschmer, Grüne-Fraktion, plädiert dafür, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr Kienitz, CDU-Fraktion nimmt Bezug auf den Antrag seiner Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2010, AN/1111/2010, in dem u. a. die Variante „gedrehte Hauptschule“ favorisiert wird und schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um diesen Antrag zu ergänzen.

Herr Thelen lässt über die beiden Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Beschlussvorschlag der Verwaltung, ergänzt um den Antrag AN/1111/2010, in dem u. a. die Variante „gedrehte Hauptschule“ favorisiert wird.

Mehrheitlich gegen 4 CDU-Stimmen und 1 Pro Köln-Stimme abgelehnt.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n)

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Bürgerinitiative Klingelpützpark für ihre Initiative und beschließt, die Anregungen an die Verwaltung zu verweisen. Die Fachverwaltung wird gebeten, die Anregungen der Bürgerinitiative im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung in das Vorprüfungsverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

gez. Thelen
Ausschussvorsitzender

gez. Droske
Schriftführer